



Karteikarten 1. Examen

ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Bayern

Bundeseinheitliche Karteikarten:
StaatsorganisationsR · GrundR · EuropaR

Landesspezifische Karteikarten:
VerwR AT · VerwaltungsprozessR
StaatshaftungsR · Besonderes VerwR



Öffentliches Recht

Bayern

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht,
zu den Leseproben oder zum Artikel zu gelangen.



Öffentliches Recht

Verwaltungsrecht AT

Bayern

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Behörde
- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Sonderfall: Bekanntgabe von Verkehrszeichen
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen
- Verwaltungsvorschriften und Selbstbindung der Verwaltung

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des Art. 48 IV BayVwVfG
- Anwendbarkeit der Art. 48, 49 BayVwVfG neben § 15 GastG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren
- Wiederaufgreifen des Verfahrens

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht

Verwaltungsprozessrecht

Bayern

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage

- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage
- Normenkontrolle gem. § 47 VwGO

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Öffentliches Recht

Kommunalrecht

Bayern

Inhaltsübersicht

Selbstverwaltungsgarantie

Grundbegriffe

Gemeindeorgane

- Gemeinderat, Ausschüsse und Fraktionen
- Erster Bürgermeister

Vertretung der Gemeinde

Geschäftsgang der Sitzungen des Gemeinderats

- Tagesordnung
- Ladung, Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung
- Öffentlichkeit der Sitzung
- Hausrecht und Ordnungsgewalt
- Niederschrift
- Beanstandung eines Beschlusses

Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung

Kommunalverfassungsverstreit

Hausrecht

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Satzungsrecht

Aufsichtsrecht und gemeindliche Aufgaben

Gemeindliche Unternehmen

Nutzung gemeindlicher Einrichtungen

Kommunale Zusammenarbeit



Öffentliches Recht

Polizei- und Sicherheitsrecht

Bayern

Inhaltsübersicht Polizeirecht (PAG, POG)

Maßnahme der Polizei

- Rechtmäßigkeitsprüfung am Beispiel der Generalklausel
- Zuständigkeit: Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Öffentliche Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Verantwortlichkeit (sog. Störer)
- Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Polizeipflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Atypische Maßnahmen bzw. Voraussetzungen / drohende Gefahr

Standardbefugnisse

Verwaltungsvollstreckung und unmittelbare Ausführung

- Verwaltungsvollstreckungsrecht
- Arten der Verwaltungsvollstreckung / Unmittelbare Ausführung
- Abgrenzung der Vollstreckungsverfahren und der unmittelbaren Ausführung
- Kostenbescheid nach zweistufiger Vollstreckung
- Kostenbescheid nach Sofortvollzug
- Kostenbescheid nach unmittelbarer Ausführung
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“

Spezielle abdrängende Sonderzuweisung



Öffentliches Recht

Baurecht

Bayern

Inhaltsübersicht

Bauleitplanung

- Bauleitpläne
- Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren

- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich
- Abgrenzung Innenbereich - Außenbereich

- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Gemeindliches Einvernehmen
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittsschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Bauaufsichtsbehörden

- Schema Baueinstellung
- Schema Beseitigungsanordnung / Nutzungsverbot
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten



Öffentliches Recht

Straßenrecht

Bayern

Inhaltsübersicht

Systematische Einordnung des StraßenR

Arten der öffentlichen Sachen

Abgrenzung StraßenR ↔ StraßenverkehrsR

**Einstufung der öff. Straßen / Umstufung /
Einziehung / Straßenbaulast / Zuständigkeit**

Gemeingebrauch und Sondernutzung



Öffentliches Recht

Staatsorganisationsrecht

Inhaltsübersicht

Geschichte des GG

Systematik des GG

Staatsprinzipien

- Rückwirkungsverbot
- Gebot der Bundestreue
- Schutz der Staatsprinzipien

Schutz der Parteien

Bundestag

- Wahlgrundsätze
- Wahlsysteme
- Freies Mandat
- Untersuchungsausschüsse
- Indemnität und Immunität

Bundesrat

Bundespräsident

Bundesregierung

Legislative

- Gesetzgebungskompetenzen
- Gesetzgebungsverfahren

Exekutive

Völkerrechtliche Verträge

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Verfahren vor dem BVerfG

- Organstreitverfahren
- Abstrakte Normenkontrolle
- Bund-Länder-Streit
- Konkrete Normenkontrolle
- Einstweilige Anordnung



Öffentliches Recht

Grundrechte

Inhaltsübersicht

Arten der Grundrechte

Funktionen der Grundrechte

Zulässigkeit Verfassungsbeschwerde: Grundaufbau

Begründetheit Verfassungsbeschwerde Freiheits-GR: Grundaufbau

Zulässigkeit Verfassungsbeschwerde: Einzelprobleme

- Beschwerdefähigkeit
- Beschwerdegegenstand
- Beschwerdebefugnis
- Rechtswegerschöpfung

Begründetheit Verfassungsbeschwerde – Freiheits-GR: Einzelprobleme

- Eingriffsbegriff
- Festlegung der Schranke
- Schranken-Schranken

Besonders examensrelevante Freiheitsgrundrechte

- Menschenwürde, Art. 1 I 1 GG
- Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 I GG
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht:
Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit:
Art. 4 GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1, 1. Alt GG
- Pressefreiheit: Art. 5 I 2 GG
- Kunstfreiheit: Art. 5 III GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Vereinigungsfreiheit: Art. 9 GG
- Brief- Post- und Fernmeldegeheimnis:
Art. 10 GG
- Freizügigkeit: Art. 11 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung: Art. 13 GG
- Eigentumsfreiheit: Art. 14 GG

Begründetheit Verfassungsbeschwerde

– Gleichheits-GR

- Grundaufbau
- Einzelprobleme

Landesverfassungsbeschwerde: Zulässigkeit und Begründetheit

Popularklage: Zulässigkeit und Begründetheit

Landesverfassungsbeschwerde und Popularklage: Einzelprobleme

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Staatshaftungsrecht

Bayern

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Polizei- und Sicherheitsrecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Europarecht

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Anwendungsvorrang des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

Prüfung der EMRK

Allg. Diskriminierungsverbot

Verfahren vor dem Gerichtshof

- Vertragsverletzungsverfahren
- Nichtigkeitsklage
- Vorabentscheidungsverfahren

**Unionsrechtlicher
Staatshaftungsanspruch**



VerwR	AT
Verwaltungsakt (1) - Definition	

**Art. 35
S. 1
BayVwVfG**

- 1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?**
- 2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **Art. 35 S. 1 BayVwVfG**.

2a) **Behörde:**

Def.: Art. 1 II BayVwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, d.h. **Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/**Realakt**.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom **Gesetz (= abstrakt-generell)**.

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf **gerichtet, Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers** steht. **Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.

Raum für eigene Anmerkungen:



VerwR	AT
Verwaltungsakt (2) - Behörde	

**Art. 35
S. 1
BayVwVfG**

- 1. Durch welche Merkmale wird die Behörde i.S.d. Art. 1 II BayVwVfG konkretisiert?**
- 2. Was ist ein Verwaltungshelfer und was ist ein Beliehener?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Der **Behördenbegriff** wird durch **folgende Merkmale konkretisiert**:

- **Einsetzung durch einen Hoheitsakt**
- **unabhängig von einem Mitgliederwechsel**
- **handelt unmittelbar im eigenen Namen nach außen**
- **übt Verwaltungstätigkeit, d.h. keine Gesetzgebung oder Rechtsprechung**

Eine „klassische“ Behörde ist der **Bürgermeister / Oberbürgermeister**, der die Gemeinde / Stadt gem. Art. 38 I 1 GO nach außen vertritt und damit ihre Behörde ist.

2. **Verwaltungshelfer und Beliehene** sind beide natürliche oder juristische **Personen des Privatrechts**, die **Hoheitsbefugnisse ausüben**. Der **Verwaltungshelfer** übt die Hoheitsbefugnisse jedoch **im fremden Namen** aus (z.B. Abschleppunternehmer, Schülerlotse), der **Beliehene** übt sie hingegen **im eigenen Namen** aus (z.B. Prüfer des TÜV, Bezirksschornsteinfeger). Daher ist der **Beliehene selbst die Behörde**, der **Verwaltungshelfer** hingegen **nicht**.

Da der Staat einem Beliehenen vollständig die selbständige Ausübung der Hoheitsbefugnisse überträgt, **kann eine Beleihung nur auf einer gesetzlichen Grundlage** erfolgen. Das ist **bei einem Verwaltungshelfer nicht erforderlich**, weil er „nur“ im Namen einer Behörde tätig wird.



VerwR	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	



Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO (soweit erforderlich)

V. Evtl. Klagegegner

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- 1. Welche aufdrängenden Sonderzuweisungen sind examensrelevant? In welchen Konstellationen sind diese zu prüfen? Was ist die Konsequenz in der Klausur?**
- 2. Welche Merkmale sind im Rahmen der Generalklausel des § 40 I 1 VwGO zu prüfen?**
- 3. Welche examensrelevanten abdrängenden Sonderzuweisungen gibt es?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Examensrelevante aufdrängende Sonderzuweisungen finden sich in **§ 54 I BeamStG (Landesbeamte)** sowie in **§ 126 I BBG (Bundesbeamte)**. Sie erfassen Streitigkeiten aus einem **Beamtenverhältnis**, d.h. der Rechtsstreit muss **im weitesten Sinne im Beamtenrecht wurzeln** (extensive Auslegung).
Sollte § 54 I BeamStG/§ 126 I BBG vorliegen, ist **§ 40 I 1 VwGO nicht mehr anzusprechen**.
2. § 40 I 1 VwGO:
 - a) **Öffentlich-rechtliche Streitigkeit**
 - b) **Nichtverfassungsrechtlicher Art**
 - c) **Keine abdrängende Sonderzuweisung**
3. Eine examensrelevante **abdrängende Sonderzuweisung** ist insbes. **§ 40 II 1 VwGO** für das **StaatshaftungsR.** Daneben kommt im POR noch **§ 23 I 1 EGGVG** in Betracht (*vgl. Karteikarten POR*). Schließlich hält **§ 40 I 2 VwGO** eine „**Öffnungsklausel**“ für den **Landesgesetzgeber** bereit, d.h. der Landesgesetzgeber kann eine abdrängende Sonderzuweisung erlassen, z.B. Art. 90 I, 98 PAG.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Definiere den Begriff Selbstverwaltungsgarantie.**
- 2. Wo finden sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Handelns der Gemeinde im GG und in der BV?**
- 3. Nenne die unter die Selbstverwaltungsgarantie fallenden Gemeindehoheiten.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Unter Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde versteht man:

Alle Angelegenheiten, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder einen spezifischen Bezug zu ihr haben. Dieser Bezug kann dabei historischer oder räumlicher Art sein.

2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für das Handeln der Gemeinde finden sich sowohl in **Art. 28 II 1 GG** als auch landesspezifisch in **Art. 11 II BV**.

3. Zu den Gemeindehoheiten zählen:

- a) **Die Organisationshoheit**
- b) **Die Personalhoheit**
- c) **Die Planungshoheit**
- d) **Die Finanzhoheit**
- e) **Die Satzungshoheit**
- f) **Die Kulturhoheit**
- g) **Die Gebietshoheit**
- h) **Die Daseinsvorsorge (=Auffanghoheit)**



VerwR BT	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (2)	

**Art. 28 II
GG**

Bestimme den Inhalt der Gemeindehoheiten.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

- 1. Organisationshoheit** = Gemeinde entscheidet selbständig über **innere Verw.-Organisation** (z.B. Einrichtung von Ämtern, Dezernaten).
- 2. Personalhoheit** = Gemeinde kann in eigener Verantwortung **Bedienstete einstellen, befördern und entlassen**.
- 3. Planungshoheit** = Recht der Gemeinde, ihr **Gebiet selbständig zu beplanen, insbes.** durch den Erlass von **Bauleitplänen**.
- 4. Finanzhoheit** = eigenverantwortliche **Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft**.
- 5. Satzungshoheit** = Recht der Gemeinde, **zur Regelung eigener Angelegenheiten abstrakt-generelle Normen** zu schaffen, z.B. Benutzungssatzung für das Gemeindezentrum.
- 6. Kulturhoheit** = Recht der Gemeinde, **Kultureinrichtungen zu schaffen** und zu **unterhalten**, z.B. städtisches Theater.
- 7. Gebietshoheit** = **jede Person/Sache**, die sich **im Gemeindegebiet** befindet, ist der **Rechtsmacht der Gemeinde unterworfen**, hat also insbes. die von der Gemeinde erlassenen Rechtsverordnungen und Satzungen zu beachten.
- 8. Daseinsvorsorge** = **Auffangtatbestand**, erfasst alle Selbstverwaltungsangelegenheiten, die nicht den anderen Gemeindehoheiten zugewiesen werden können.



VerwR BT	POR
Maßnahme der Polizei (1)	



Stelle die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der Polizei am Beispiel der Generalklausel dar. Definiere dabei auch die Tatbestandsmerkmale.

Raum für eigene Anmerkungen:

I. Rechtsgrundlage für die Maßnahme

Prüfungsreihenfolge:

Spezialermächtigungen, Art. 11 III i.V.m. Art. 2 IV PAG: z.B. Art. 15 I, II, IV BayVersG.

Standardbefugnisse: Art. 11 I 1 2. Hs. i.V.m. Art. 12 ff. PAG.

Atypische Maßnahmen bzw. Voraustatbestände: Art. 11 II PAG

Generalklausel: Art. 11 I 1 PAG (**Auffangnorm**).

Befugnisse bei drohender Gefahr: Art. 11a I PAG

II. Formelle Rechtmäßigkeit der Maßnahme

1. Zuständigkeit

Für Anwendung des **PAG und POG** ist **nur die Polizei** zuständig. **Sicherheitsbehörden** handeln nach **LStVG**.

Polizei ist **sachlich zuständig**, wenn ihr Aufgabenbereich gem. **Art. 2 I PAG** eröffnet ist (d.h. Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung) **und** die Gefahr gem. **Art. 3 PAG** nicht durch eine andere Behörde rechtzeitig abgewehrt werden kann, sog. **Eilfallkompetenz** (woraus folgt, dass **grds.** die **Sicherheitsbehörden für die Gefahrenabwehr zuständig** sind).

Instanziell zuständig ist die **Bayerische Landespolizei** gem. **Art. 4 I, II POG** (Präsidien, Inspektionen und Stationen).

Örtlich zuständig ist der handelnde Polizist im gesamten Freistaat, **Art. 3 I POG**.

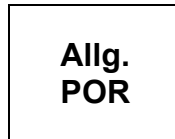
Spezielle Zuständigkeitsvorschriften sind **vorrangig**, z.B. **Art. 2 III PAG, Art. 2 IV PAG i.V.m. z.B. Art. 24 II 2 BayVersG**. Auf Art. 2 I, 3 PAG kommt es dann nicht an.

Geht es **ausschließlich** um den **Schutz privater Rechte**, ist die Polizei gem. **Art. 2 II PAG** grds. unzuständig (sog. **Subsidiaritätsgrundsatz**). Damit soll die Zuständigkeit der Zivilgerichtsbarkeit gewahrt und ein Abwälzen des Prozessrisikos auf die Allgemeinheit verhindert werden.

Fortsetzung auf der nächsten Karteikarte



VerwR BT	POR
Maßnahme der Polizei (2)	



Fortsetzung der vorangehenden Karteikarte („Maßnahme der Polizei (1)“)

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

2. **Verfahren/Form:** Art. 28, 37 II, 39 I BayVwVfG, falls ein VA vorliegt.

III. Materielle Rechtmäßigkeit der Maßnahme

1. Tatbestand

a) Schutzgutbetroffenheit

aa) Öffentliche Sicherheit

Def.: Schutz der gesamten Rechtsordnung, aller Individualrechtsgüter sowie des Bestandes und der Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen.

bb) Öffentliche Ordnung

Def.: Gesamtheit aller **ungeschriebenen** Verhaltensregeln, deren Beachtung nach herrschender Anschauung Voraussetzung für ein geordnetes Zusammenleben ist (**subsidiär gegenüber öffentlicher Sicherheit, selten einschlägig**).

b) Konkrete Gefahr

Legaldefinition in Art. 11 I 2 PAG.

c) Verantwortlichkeit, Art. 7, 8, 10 PAG (sog. Störer)

Def.: Kausal für eine Gefahr ist derjenige, dessen Verhalten bzw. dessen Sache **unmittelbar die Gefahr setzt** und damit die Gefahrenschwelle überschreitet (**Theorie der unmittelbaren Verursachung**).

Fortsetzung auf der nächsten Karteikarte

Raum für eigene Anmerkungen:



VerwR BT	BauR
Bauleitpläne	

§§ 1 ff.
BauGB

- 1. Was sind die Bauleitpläne? Wodurch unterscheiden sie sich?**
- 2. Welche Rechtsnatur haben die Bauleitpläne? Wie können sie gerichtlich überprüft werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Bauleitpläne sind gem. § 1 II BauGB der **Flächennutzungsplan (F-Plan)** und der **Bebauungsplan (B-Plan)**.

Der **F-Plan** ist der **vorbereitende Bauleitplan**, er legt die **Grundzüge der gemeindlichen Planung** fest, § 5 I 1 BauGB. **Pro Gemeinde** gibt es **nur einen F-Plan**, damit die Gemeinde stets einen Gesamtüberblick über die Bebauung in ihrem Gebiet hat. Entsprechend „grob“ sind die Darstellungen im F-Plan.

Der **B-Plan** ist der **verbindliche Bauleitplan**, er **setzt** die Vorgaben des **F-Plans in konkrete Festsetzungen um** und ist **aus dem F-Plan zu entwickeln**, § 8 II 1 BauGB (sog. **Entwicklungsgebot**). **I.d.R.** gibt es pro Gemeinde **mehrere B-Pläne**.

2. Der **F-Plan** ist nach h.M. ein **Rechtsakt sui generis**, weil er als vorbereitender Bauleitplan **grds. nur nach innen wirkt**. Er kann daher **grds. auch nicht direkt angegriffen** werden. Eine Überprüfung ist **nur indirekt möglich, indem der B-Plan mit dem Argument angegriffen** wird, der **zugrunde liegende F-Plan sei fehlerhaft** und damit unwirksam.

Eine **Ausnahme** gilt für **diejenigen Darstellungen** des F-Plans, die **kraft Gesetzes Außenwirkung** haben, insbes. § 35 III 3 BauGB. Sie (aber **auch nur diese Darstellungen**) können unmittelbar angegriffen werden, nach **h.M. analog § 47 I Nr. 1 VwGO**, nach a.A. gem. § 47 I Nr. 2 VwGO i.V.m. Art. 4 S. 1 BayAGVwGO.

Der **B-Plan** ist gem. § 10 BauGB eine **Satzung** und kann gem. § 47 I Nr. 1 VwGO mit der Normenkontrolle überprüft werden.



VerwR BT	BauR
Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans	

**§§ 1 ff.
BauGB**

Prüfe die Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans (B-Plans).

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

I. Rechtsgrundlage für den Erlass eines B-Plans: Art. 28 II 1 GG (Planungshoheit, Satzungshoheit)

→ deklaratorisch und daher wohl nur konkretisierend: §§ 1 II, III, 2 I 1, 10 I BauGB

II. Formelle Rechtmäßigkeit des B-Plans

1. Zuständigkeit:

a) **Verbandskompetenz** der Gemeinde: *s.o. Rechtsgrundlage*

b) **Organkompetenz**: Gemeinderat, *vgl. Art. 30 II GO*. **Übertragung auf einen Ausschuss** ist **möglich**, *vgl. Art. 32 II 2 Nr. 2 GO*.

2. Verfahren

Für einen **B-Plan** sind die Verfahrensregelungen des **BauGB** (z.B. §§ 3, 4 BauGB, *s. nachfolgende Karteikarte*) sowie des **Kommunalrechts** (z.B. Öffentlichkeit der Sitzung, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung) zu beachten.

3. Form: §§ 9 VIII, 10 III BauGB

IV. Materielle Rechtmäßigkeit des B-Plans

Insbesondere Verstoß gegen § 1 III 1 BauGB (sog. Gefälligkeits- oder Verhinderungsplanung), das sog. Entwicklungsgebot des § 8 II 1 BauGB oder Abwägungsdisproportionalität (*s. dazu die Karteikarte „Ermittlungs- und Bewertungsfehler“*).



VerwR BT	StraßenR
Systematische Einordnung des StraßenR	



- 1. Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**
- 2. Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.

2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
 - **Widmung**
 - = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. § 35 S. 2 2. Fall VwVfG.
Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.
 - **Indienststellung**
 - = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.
Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.

Raum für eigene Anmerkungen:



VerwR BT	StraßenR
Arten der öffentlichen Sachen	

**Allg.
StraßenR**

Welche Arten der öffentlichen Sachen gibt es? Erläutere sie.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Es gibt **4 Arten**:

- Öff. Sachen im **Gemeingebrauch**
= öffentliche Sache steht **jedermann ohne besondere Zulassung zur Verfügung**, z.B. öffentliche Straßen, Gewässer in ihrer Eigenschaft als Wasserwege.
- Öff. Sachen im **Anstaltsgebrauch**
= die **Nutzung** der öff. Sache **bedarf** einer **behördlichen Erlaubnis**, z.B. Zugang zum Theater oder Museum.
Die Zulassung kann konkludent erfolgen, z.B. durch automatischen Einlass in das Schwimmbad nach Zahlung des Eintrittsentgelts.
- Öff. Sachen im **Sondergebrauch**
= die öff. Sache steht **i.d.R. nicht jedermann**, sondern **nur demjenigen zur Verfügung**, der eine **besondere Erlaubnis besitzt**, z.B. Nutzung eines Gewässers zu wasserwirtschaftlichen Zwecken (Entnehmen und Ableiten von Wasser).
- Öff. Sachen im **Verwaltungsgebrauch**
= die öff. Sache **wird von der Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt**, z.B. Dienstwagen des Bürgermeisters, Büro im Rathaus.
Grds. kein Nutzungsrecht des Bürgers, es sei denn, die Nutzung wird ihm gestattet, z.B. Zutritt zum Bürgeramt im Rathaus.

Raum für eigene Anmerkungen:



Staatsrecht	StaatsorgaR
Geschichte des GG	



- 1. Wann wurde das GG in Deutschland verkündet? Wo findet sich diese Angabe im GG?**
- 2. Welche Vorläufer zum GG gab es in der Geschichte Deutschlands?**
- 3. Warum wird das GG nicht als Verfassung bezeichnet? Wieso erfolgte die Erarbeitung des GG von einem sog. „Parlamentarischen Rat“?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das GG wurde am **23.5.1949** vom Parlamentarischen Rat **ausgefertigt und verkündet**. Diese Angabe findet sich in der **Einleitung des GG** (*vor der Präambel*).
2. Als **Vorläufer des GG** können **folgende Verfassungen** angesehen werden.
 - a) **1919: Weimarer Reichsverfassung**
 - b) **1871: Reichsverfassung**
 - c) **1848: Paulskirchenverfassung**
3. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des GG war **Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt**, wobei nur in den westlichen Besatzungszonen das GG in Kraft gesetzt wurde. Um **diese Spaltung nicht** mit dem Erlass einer „echten“ Verfassung für die westlichen Besatzungszonen zu **vertiefen**, hat man die Verfassung „GG“ genannt. Damit sollte ihr **vorläufiger Charakter** verdeutlicht werden. Erst zum Zeitpunkt einer Wiedervereinigung sollte aus dem „GG“ eine „Verfassung“ werden, was nach der deutschen Wiedervereinigung aber nicht geschehen ist, weil man an dem bewährten „GG“ festhalten wollte. Die **Bezeichnung** der verfassungsgebenden Versammlung als „**Parlamentarischer Rat**“ beruht auf derselben Überlegung.



Staatsrecht	StaatsorgaR
Systematik des GG	



In welche examensrelevanten Abschnitte kann das GG eingeteilt werden? Wie lässt sich der Abschnitt zum Staatsorganisationsrecht weiter untergliedern?

Raum für eigene Anmerkungen:

Das **GG** kann in die **Grundrechte** (Art. 1-19 GG) und in das **StaatsorgaR** (Art. 20ff. GG) eingeteilt werden.

Das **StaatsorgaR** lässt sich wiederum in **folgende examensrelevante Abschnitte** gliedern:

- 1. Bund und Länder, Art. 20ff. GG**
- 2. Verfassungsorgane:**
 - a) Bundestag, Art. 38ff. GG**
 - b) Bundesrat, Art. 50ff. GG**
 - c) Bundespräsident, Art. 54ff. GG**
 - d) Bundesregierung, Art. 62ff. GG**
- 3. Staatsgewalten:**
 - a) Legislative, Art. 70ff. GG**
 - b) Exekutive, Art. 83ff. GG**
 - c) Judikative, Art. 92ff. GG**



Staatsrecht	Grundrechte
Arten von Grundrechten	

Allg. GR

Welche Arten von Grundrechten werden unterschieden?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Folgende Arten von Grundrechten können unterschieden werden:

1. Freiheitsgrundrechte:

Die Freiheits-Grundrechte stellen Bereiche des Grundrechtsträgers dar, in die der Staat nicht willkürlich eingreifen kann, wie er will. Sie stellen den Hauptteil der Grundrechte dar.

Bsp.: Art. 2 I, 8 I, 12 I, 14 I 1 GG.

2. Gleichheitsgrundrechte:

Sinn und Zweck der Gleichheits-Grundrechte ist die Verhinderung der willkürlichen Ungleichbehandlung von Personen/Personengruppen oder Sachverhalten.

Bsp.: Art. 3 I, II, III, 6 V GG.

3. Grundrechtsgleiche Rechte:

Diese gewähren die gleiche Rechtsstellung wie die im Abschnitt Art. 1-19 GG normierten Grundrechte, sie können insbes. mit der VB geltend gemacht werden. Da sie jedoch außerhalb des Abschnittes „Grundrechte“ verortet sind, spricht man von ihnen als grundrechtsgleiche Rechte (*vgl. Aufzählung Art. 93 I Nr. 4a GG*).

4. Verfahrens-Grundrechte/Justiz-Grundrechte: z.B. Art. 19 IV 1, 101 I 2, 103 I GG



Staatsrecht	Grundrechte
Funktionen der Grundrechte	

Allg. GR

Stelle die einzelnen Funktionen der Grundrechte dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

A. Subjektive Funktionen der Grundrechte:

I. Abwehrfunktion: *Status negativus*

= Schutz privater Freiheitsbereiche vor staatlichen Eingriffen

II. Vornahmefunktion: *Status positivus*

= Grundrechtsgebrauch setzt staatliches Handeln voraus, d.h. ohne staatliches Handeln kann der Bürger von seinen Grundrechten keinen Gebrauch machen.

Untergruppen:

1. **Schutzgewähr:** Pflicht des Staates zum Schutz der Bürger vor irreparablen GR-Verletzung, z.B. Maßnahmen zur Befreiung von Opfern einer Entführung.
2. **Teilhabe:** Chancengleiche gerechte Verteilung staatlicher Leistungen, z.B. Vergabe von Studienplätzen.
3. **Leistung:** Direkter Leistungsanspruch aus den Grundrechten. Selten wegen der Wesentlichkeitstheorie.

III. Mitwirkungsfunktion: *Status activus*

= Teilhabe an staatlicher Willensbildung, z.B. Wahlen und Versammlungen.

IV. Einrichtungsgarantien:

= Garantie der Existenz bestimmter privater (*Institutsgarantien*) und öffentlicher (*institutionelle Garantien*) Einrichtungen, z.B. Art. 6 I, 7 I, 14 I 1 GG.

B. Objektive Funktionen der Grundrechte: *Ausstrahlungswirkung der Grundrechte*

= Auslegung und Anwendung des gesamten einfachen Rechtes im Lichte der GR.

Beachte: Insbesondere bei unbestimmten Rechtsbegriffen und Generalklauseln.



Staatsrecht	StaatshaftungsR
Anspruchsgrundlagen Staatshaftungsrecht	



Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*
2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**
3. **Art. 87 I, II PAG (ggf. i.V.m. Art. 11 I LStVG):** Polizei- und Sicherheitsrecht
4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**
5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** (*analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts*)

Raum für eigene Anmerkungen:



Staatsrecht	StaatshaftungsR
Amtshaftungsanspruch (1)	

Art. 34 GG, § 839 BGB
--

- 1. Was für eine Rechtskonstruktion liegt dem Amtshaftungsanspruch zugrunde?**
- 2. Welche Voraussetzungen hat der Amtshaftungsanspruch?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Dem Amtshaftungsanspruch liegt als Rechtskonstruktion eine sog. **übergeleitete Haftung** zugrunde. Das bedeutet, **über § 839 I 1 BGB** entsteht für eine **juristische Sekunde** eine **Haftung in der Person des Beamten als Privatperson**. Diese Haftung wird **gem. Art. 34 S. 1 GG** dann **übergeleitet auf den Staat**. Der Staat haftet also so wie sein Beamter als Privatperson haften würde. Diese Grundkonstruktion wirkt sich bei den Prüfungspunkten „§ 839 I 2 BGB“ und „Rechtsfolge“ aus (*s. dazu die nachfolgenden Karteikarten*).
2. **Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs:**
 - a) **Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes**
 - b) **Amtspflichtverletzung**
 - c) **In Ausübung** (= Amtspflichtverletzung ist dem hoheitlichen Handeln zurechenbar)
 - d) **Drittbezug der verletzten Amtspflicht**
 - e) **Verschulden**
 - f) **Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden**
 - g) **Ausschlussgründe**
 - h) **Rechtsfolge: Schadensersatz, §§ 249ff. BGB**
 - i) **Anspruchsgegner/Passivlegitimation**

Zuständiges Gericht: Streitwertunabhängige Zuständigkeit des LG, Art. 34 S. 3 GG i.V.m. § 40 II 1

3. Fall VwGO i.V.m. § 71 II Nr. 2 GVG.



Internat. Recht	Europarecht
Grundlagen	



- 1. Worauf basiert die Europäische Union?**
- 2. Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
- 3. Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen **der EU-Vertrag sowie der AEU-Vertrag** (= *Vertrag über die Arbeitsweise der EU*) dar.
Dabei enthält der **EU-Vertrag die Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag demgegenüber die Detailregelungen**.
2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG)**, die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** (*BVerfG: Staatenverbund*) dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann**.
Einen **Staat** stellt die **EU nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).
Eine **reine internationale Organisation** liegt **ebenfalls nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht hat.
3. Die **EU besitzt laut Art. 335 AEUV eigene Rechtspersönlichkeit**. Ferner besitzt die **EU auch partielle Völkerrechtsfähigkeit**, d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV**.



Internat. Recht	Europarecht
Rechtsquellen des EU-Rechts (1)	



- 1. Welche beiden Rechtsquellen werden im Rahmen des EU-Rechts unterschieden?**
- 2. Nenne die Bestandteile dieser beiden Rechtsquellen.**

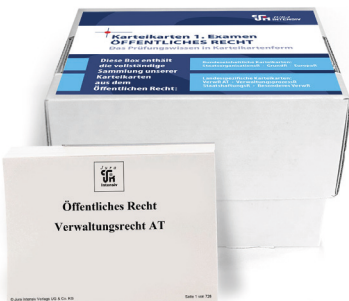
Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die Rechtsquellen des EU-Rechts lassen sich in das sog. **primäre EU-Recht** und das **sekundäre EU-Recht** aufspalten.

2. a) **Das primäre EU-Recht kann in folgende Bestandteile untergliedert werden:**
 - aa) *EU-Vertrag, AEU-Vertrag samt Anhängen, Protokollen, Ergänzungen und Änderungen*
 - bb) *Grundrechte-Charta, Art. 6 EUV*
 - cc) *Ungeschriebenes Primärrecht/allgemeine Rechtsgrundsätze, z.B. Rückwirkungsverbot, Bestimmtheitsgebot, Verhältnismäßigkeitsprinzip (vgl. Art. 2 EUV).*

- b) **Das sekundäre EU-Recht findet sich insbesondere in Art. 288 AEUV wieder und kann in folgende Bestandteile untergliedert werden:**
 - aa) *Verordnung: Art. 288 II AEUV*
 - bb) *Richtlinie: Art. 288 III AEUV*
 - cc) *Beschlüsse: Art. 288 IV AEUV*
 - dd) *Empfehlungen und Stellungnahmen: Art. 288 V AEUV*

Raum für eigene Anmerkungen:



Karteikarten 1. Examen ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform
Bayern

Hier geht's zum Shop!